




Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT
DER MINISTER

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 · 70029 Stuttgart

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Referat 03
Place Madou 1
B-1210 Brüssel
Belgien

Stuttgart **24. Sep. 2019**
Durchwahl 0711 126-2588
Aktenzeichen 1-0123.0-05
(Bitte bei Antwort angeben!)

 Weiterentwicklung des Beihilferechts; Verlängerung der im Rahmen des
Modernisierungspakets des EU-Beihilferechts reformierten Beihilfavorschriften
Bezugsnummer: HT.5224

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, am Konsultationsverfahren zur Weiterentwicklung des Beihilfe-
rechts teilnehmen zu können, danke ich Ihnen. Gleichzeitig erlaube ich mir, einige
grundsätzliche Anliegen zu den künftigen Beihilferegelungen an Sie heranzutragen,
die von dem Fragebogen des Konsultationsverfahrens nicht erfasst werden:

1) Förderung der Gesamtkosten

Im Rahmen von Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen, hoch-
effiziente Kraft-Wärme-Kopplung und zur Förderung von erneuerbaren Energien
unterfallen in der Regel nur die Mehrkosten gegenüber einer konventionellen An-
lage einer Freistellung (z. B. Art. 38 Absatz 3, Art. 40 Absatz 4, Art. 41 Absatz 6).
Dabei erweisen sich insbesondere im Bereich der Energieeffizienzförderung die
Höchstintensitäten als zu niedrig, um die erforderlichen Anreizeffekte zu setzen.

Aus Sicht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Würt-
temberg sollte in Art. 38 Absatz 3, Art. 40 Absatz 4, Art. 41 Absatz 6 der AGVO
angesichts der häufig äußerst komplexen und aufwändigen Ermittlung der Mehr-

kosten alternativ die Möglichkeit eingeräumt werden, auf die Gesamtkosten der Fördermaßnahme abzustellen. Die Beihilfemaximalintensität sollte in diesem

Fall – unter Berücksichtigung der geforderten Verbesserung des Anreizeffekts – reduziert werden. Für den Fall der Beihilfefähigkeit der Investitionsmehrkosten sollte jedenfalls die Beihilfeintensität erhöht werden. Weiterhin kommt ein Innovationsbonus in Betracht, um Investitionen in besonders innovative Anlagen zu fördern.

2) Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz

Den Themen Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz kommt europaweit eine steigende Bedeutung zu. Die Kommission hat vor diesem Hintergrund 2015 das Kreislaufwirtschaftspaket angenommen und 2019 über die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftspakets berichtet. Das Beihilferecht der EU muss diesen wachsenden umweltpolitischen Anforderungen gerecht werden und Maßnahmen zur Steigerung von Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz künftig noch besser ermöglichen.

Da es bislang keine angemessenen Freistellungen im Bereich der Ressourceneffizienz gibt, schlagen wir eine entsprechende Ergänzung des Artikel 38 AGVO hin zu: „Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen und Ressourceneffizienzmaßnahmen“ vor.

Die unter Ziffer 1 genannten Vorschläge zur Förderung der Gesamtkosten anstelle der Investitionsmehrkosten sollten auch bei einem erweiterten Artikel 38 AGVO berücksichtigt werden.

3) Förderung der Speicherung von erneuerbaren Energien

Um die Förderung der Speicherung von erneuerbaren Energien (Strom und Wärme, physikalische und chemische Speicherung, z.B. auch über Wasserstoff) durch den EFRE zu vereinfachen, sollten die Speicherung und der Transport von erneuerbaren Energien in die Freistellung von Investitionsbeihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien gemäß Art. 41 aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte die Definition der erneuerbaren Energien in Art. 2 Nr. 109 AGVO angepasst werden.

Konkret schlagen wir folgende Änderungen vor:

- **Artikel 41 Absatz 1**

Investitionsbeihilfen zur Förderung Erzeugung erneuerbarer Energien

„1. Investitionsbeihilfen zur Erzeugung, Förderung Speicherung und zum Transport erneuerbarer Energien sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht des Artikels 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.“

Der Begriff der „Förderung“ sollte durch „Erzeugung“ ersetzt werden, um besser zu verdeutlichen, dass es um die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen geht. Darüber hinaus sollten auch die „Speicherung“ und der „Transport“ von erneuerbaren Energien in den Freistellungstatbestand aufgenommen werden.

- **Art. 2 Nr. 109**

Ersetzung des Begriffs „Strom“ durch „Energie“, d.h. Erfassung von Strom und Wärme. Einführung des Begriffs „Output“, damit als Speichermedien Strom, Wärme, Wasserstoff und andere chemische Stoffe erfasst werden können. Streichung der Einschränkung („aber nicht Strom, der als Ergebnis der Speicherung in Speichersysteme gewonnen wird“), die dazu führt, dass gespeicherter grüner Strom bei Weiterverwendung nicht mehr als „grün“ gilt und somit auch nicht die damit erzeugten Produkte.

„109. „erneuerbare Energien“: Energie, die in Anlagen erzeugt wird, in denen ausschließlich erneuerbare Energiequellen eingesetzt werden, sowie bezogen auf den Heizwert der Anteil der Energie, der aus erneuerbaren Energien in Hybridanlagen, die auch konventionelle Energieträger einsetzen, erzeugt wird. Dies schließt ~~Strom~~-Energie aus erneuerbaren Energiequellen ein, ~~der die zum Auffüllen von Speichersystemen genutzt wird~~, **und deren Output.** ~~aber nicht Strom, der als Ergebnis der Speicherung in Speichersystemen gewonnen wird~~

4) Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Klimaschutz und Nachhaltigkeit gehören zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben der EU. Die zukünftigen Regelungen und Leitlinien zur Beihilfe müssen deshalb so ausgestaltet werden, dass Maßnahmen (z. B. Umsetzung des Kohleausstiegs) und Förderprogramme, die die Umsetzung dieser Ziele fördern, beihilferechtskonform sind.

Zukünftige Leitlinien müssen sinnvolle Regelungen und Kriterien für die Kompensation indirekter CO₂-Kosten für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, vorsehen. Gleichzeitig müssen aber auch die richtigen Anreize zum Klimaschutz gesetzt werden.

Für die Ausgestaltung von Förderprogrammen in der neuen EFRE-Förderperiode 2021-2027 ist im Sinne der Rechtssicherheit zentral, dass die Beihilfenvorschriften in den betroffenen Bereichen nicht restriktiver gefasst werden, da die vorbereitenden Planungen auf dem aktuellen Beihilferecht basieren.

Ich würde mich freuen, wenn Sie die genannten Anliegen und Vorschläge bei der Weiterentwicklung des Beihilferechts aufgreifen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Franz Untersteller MdL